

Kapitel

Initiator*innen: Kreisvorstand und Susanne Petersen

Titel: Armut bekämpfen

Text

1 Armut zeigt sich häufig in einem Mangel an sozialer Teilhabe. Armut zieht oft
2 schlechtere Bildungschancen nach sich. Armut beeinflusst die Möglichkeiten,
3 geeigneten Wohnraum zu finden. Diese Probleme hängen teilweise zusammen und
4 verstärken sich gegenseitig. Die Folgen widersprechen unserem Verständnis von
5 Gerechtigkeit. Daher müssen wir das Thema Armut weiter intensiv angehen.

6 Wir wollen mehr bezahlbaren Wohnraum - in allen Quartieren. Wir wollen dies über
7 eine stärkere Sozialraumorientierung angehen. Da Sozialpolitik bereits beim
8 Bauen und der Stadtplanung beginnt, widmen wir den Themen Wohnen und inklusive
9 Quartiersentwicklung eigene Kapitel.

10 Eine Wohnung mit Stromversorgung und Heizung sind Grundlage für Teilhabe. Daher
11 setzen wir uns dafür ein, dass Stromsperrern nur in Ausnahmefällen zulässig sind.
12 Mit den Stadtwerken wollen wir im Gespräch bleiben und nach Lösungen suchen, wie
13 die Grundversorgung für alle finanzierbar bleiben kann - damit keine Wohnung
14 kalt bleiben muss.

15 Auf dem angespannten Wohnungsmarkt ist es sehr schwierig für ALG II-
16 Empfänger*innen, Wohnungen innerhalb der Mietobergrenzen (MOG) zu finden.
17 Mietobergrenzen sind die Grenzen, die eine Wohnung für einen ALG II-Bezieher*in
18 maximal kosten darf. Das heißt, wenn die Person die Mehrkosten nicht trägt, muss
19 sie umziehen und findet im schlimmsten Fall keine Wohnung mehr. Häufig wegen
20 weniger Euros. Wir wollen daher zum einen, dass die Besonderheiten des
21 Einzelfalls, die höhere Kosten als die Mietobergrenze rechtfertigen, einen
22 höheren Stellenwert erhalten. Wir wollen verhindern, dass Menschen aus ihrem
23 gewohnten Umfeld umziehen müssen. Sie sollen ihre Kraft dafür einsetzen können,

24 z.B. durch eine Erwerbstätigkeit aus der Hilfebedürftigkeit heraus zu kommen,
25 statt dass sich ihre Gedanken nur um einen möglichen Auszug und Wohnungssuche
26 auf einem angespannten Wohnungsmarkt drehen müssen. Wir unterstützen eine
27 Clearingstelle Wohnungssuche, in der Hilfebedürftige sich Unterstützung holen
28 können, wenn sie eine Kostensenkungsaufforderung durch die Sozialverwaltung
29 erhalten. Daneben setzen wir uns dafür ein, dass der Bund die Kosten der
30 Unterkunft in Zukunft zumindest anteilig übernimmt.

31 Studien belegen, dass dort, wo viel Armut herrscht, auch die Mobilität
32 eingeschränkt ist. Ein vergünstigter ÖPNV ist daher eine notwendige soziale
33 Maßnahme (siehe Kapitel Ticketpreise senken). Wir begrüßen das
34 Teilhabechancengesetz und möchten uns dafür einsetzen, dass weiterhin viele
35 Arbeitgeber*innen und Langzeitlose die daraus entstehenden Möglichkeiten zur
36 Eingliederung in den Arbeitsmarkt nutzen. Wir begrüßen, dass auf Bundesebene die
37 Sanktionierung bei Hartz IV ausgesetzt ist, und wir fordern dies dauerhaft.

38 Für uns ist es wichtig, dass auch in Zeiten verschuldeter öffentlicher Haushalte
39 nicht im Sozialbereich gespart wird und setzen uns dafür ein, dass die
40 freiwilligen Leistungen der Landeshauptstadt Kiel Bestand haben. Angesichts der
41 vielen Krisen wollen wir prüfen, ob und wie bestimmte Angebote noch ausgebaut
42 werden können. Wichtig und richtig ist hierbei, dass die Stadt in den
43 vergangenen Jahren Förderung nach Bedarf und nicht mit der Gießkanne verteilt
44 hat. Das heißt, dass Stadtteile mit hohem Bedarf auch mehr Förderung bekommen.
45 Eine starke Wohn- und Sozialpolitik ist die beste Prävention gegen Kriminalität
46 und Extremismus und insbesondere auch aktive Gesundheitsvorsorge

47 Die Ausnutzung von Menschen in Notsituationen muss bekämpft werden, sei es auf
48 dem Wohnungsmarkt (durch Überbelegungen), in der Sexarbeit oder anderswo.
49 Illegale Wohn- und Beschäftigungsstrukturen bestehen durch das Ausnutzen von
50 (EU-)Ausländer*innen.